

Eine Bilanz
von zwei Jahren
Großer Koalition

Die Rückkehr der Verlässlichkeit in die Politik

Volker Kauder

Die Große Koalition kam unerwartet und ungewollt. Sie war das Ergebnis eines polarisierenden Wahlkampfes und einer tiefen Verunsicherung der Bevölkerung, ausgelöst von einem siebenjährigen Schlingerkurs der rot-grünen Bundesregierung. Zweimal – 1998 und 2002 – war Gerhard Schröder mit sozialpopulistischen Versprechungen in den Wahlkampf gegangen, um schon bald nach seiner Wahl diese unerfüllbaren Zusagen still und heimlich zu kassieren und eine gegenteilige Politik zu machen. 2005 war die Geduld der Bevölkerung aufgebraucht und das Vertrauen in den Ankündigungskanzler erschöpft. Als Schröder in der Kampagne zur vorgezogenen Bundestagswahl erneut die Karte des wohlfahrtsstaatlichen Weihnachtsmannes spielte, gingen ihm die Wähler nicht mehr auf den Leim, und die SPD fuhr eines ihrer schlechtesten Ergebnisse der Nachkriegszeit ein.

Schröders Zickzackpolitik kostete nicht nur ihn selbst die Kanzlerschaft, sondern hatte auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik im Allgemeinen zerstört. Verwundern konnte das nicht. Jahrzehntelang hatte die SPD dem übermächtigen Wohlfahrtsstaat das Wort geredet und jede noch so kleine Korrektur der nicht mehr finanzierbaren Leistungen als „Sozialabbau“ gezeißelt und war nun weitgehend umgeschwenkt. Angesichts der Schröder'schen Wirtschaftspolitik musste das nun von Rot-Grün entdeckte Konzept des „Forderns und Förderns“ wie blanker Hohn wirken: Die Bundesregierung hatte

die Leistungen für Bürger gesenkt und gleichzeitig die Staatsquote erhöht. Sie forderte Eigeninitiative und Bescheidenheit, trieb aber selbst die Verschuldung der öffentlichen Haushalte auf Rekordniveau. Über fünf Millionen Menschen hatten keinen Arbeitsplatz. Die Wirtschaft wuchs so langsam wie in keinem anderen Land Europas. Woher sollte die Überzeugung kommen, dass Leistung und Eigeninitiative sich lohnen?

Vertrauen gewinnen

Dass diese Überzeugung in weiten Teilen der Bevölkerung fehlte, war zugleich auch ein wesentlicher Grund für unser eigenes schlechtes Abschneiden bei der Bundestagswahl. Ohne das Vertrauen in die Politik und die Überzeugung, durch eigene Leistung etwas erreichen zu können, konnte unser Versprechen größerer Freiheit nicht als Verheißung von mehr Entfaltungsspielraum und höherem Wohlstand begriffen werden. Vielmehr sahen viele Wähler nach den schlechten Erfahrungen mit Rot-Grün darin die Blaupause für unkoordinierte Kürzungen. Es war deshalb die Aufgabe der neuen Bundesregierung unter Führung von CDU und CSU, das verlorene Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik zurückzugewinnen. Bürgerinnen und Bürger müssen in der Politik wieder einen verlässlichen Partner sehen, einen Partner, der ihre Eigeninitiative und ihren Aufstiegswillen nicht bremst, sondern unterstützt. Eine verlässliche Politik muss sich am Wohl der Bevölkerung orientie-

ren. Dabei darf sie nicht rein gegenwartsfixiert sein, sondern muss auch die Tragweite ihrer Entscheidungen für die Zukunft berücksichtigen. Eine solche Politik hat auch die kommenden Generationen, nicht nur die nächste Umfrage im Blick. Auf der einen Seite bedeutete dies für uns, den Sozialstaat durch notwendige Reformen sicher für die kommenden Jahre und Jahrzehnte zu machen. Viele, mitunter auch schmerzhaft Änderungen waren und sind notwendig, um unser Land an die veränderten Bedingungen anzupassen, die der demografische Wandel und die Globalisierung mit sich bringen. Gleichzeitig müssen sich die Reformen daran orientieren, Engagement, Eigenverantwortung und Leistung zu ermöglichen. Dass das mit den Sozialdemokraten nicht immer leicht sein würde, war klar.

Nachhaltige Finanzpolitik

Ganz in diesem Sinne hat die Bundesregierung ihr Regierungshandeln unter den Dreiklang „Sanieren – Reformieren – Investieren“ gestellt. Bereits die Reihenfolge der drei Begriffe ist nicht zufällig gewählt, denn die Sanierung der Staatsfinanzen ist die Voraussetzung dafür, den Staat auch in Zukunft noch handlungsfähig zu halten. Jahrzehntlang hat die Politik mehr Geld ausgegeben, als sie hatte, und dadurch einen enormen Schuldenberg angehäuft. Statistisch gesehen, kommen heute auf jeden Bundesbürger Staatsschulden in Höhe von über 18000 Euro. Wird dieser Kurs in den Schuldenstaat fortgesetzt, wird das dramatische Folgen haben. Heute geben wir schon rund ein Fünftel des Bundeshaushalts für Zinsen aus. Diese Belastungen werden weiter steigen, wenn wir weitermachen wie bisher. Das heißt: Der Staat hat immer weniger Geld, um seine Kernaufgaben wahrzunehmen. Für innere und äußere Sicherheit, für Bildung und Infrastruktur ist zu wenig Geld vorhanden. Die Bevöl-

kerung hätte doppelt unter dieser Finanzmisere zu leiden, denn sie müsste nicht nur mit einem weniger leistungsfähigen Staat, sondern auch mit einer noch höheren Steuerbelastung leben, denn die Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen. Nicht umsonst setzen sowohl das Grundgesetz als auch der Maastricht-Vertrag der Staatsverschuldung klare Grenzen. Leider hat sich die rot-grüne Vorgängerregierung über diese Grenzen hinweggesetzt und viermal in Folge einen verfassungswidrigen Etat vorgelegt. Mit diesem unseriösen Haushalten hat die Große Koalition Schluss gemacht! Seit dem ersten Jahr unserer Regierung sinkt die Neuverschuldung, bereits 2006 wurden die Vorgaben der Europäischen Union und seit diesem Jahr auch die des Grundgesetzes eingehalten. Im laufenden Jahr musste die Bundesregierung so wenig neue Schulden aufnehmen wie seit 1990 nicht mehr, und spätestens 2011 wird der Bundeshaushalt vollständig ohne neue Schulden auskommen. Dann kann die Bundesregierung daran gehen, den riesigen Schuldenberg von über anderthalb Billionen Euro abzutragen. Allein diese unglaubliche Zahl zeigt, dass wir noch einen langen und schwierigen Weg vor uns haben. Aber der Anfang ist gemacht, die Richtung stimmt. Statt kurzfristig immer neue Haushaltslöcher auf Pump zu stopfen, steht die Union für eine nachhaltige Finanzpolitik. Denn nur eine Politik, die sich heute schon um die Probleme von morgen kümmert, vermittelt den Menschen in unserem Land die Gewissheit, dass es sich lohnt, ihrerseits in die Zukunft zu investieren. Es lohnt sich wieder, eine gute Ausbildung zu bekommen, eine Familie zu gründen oder sich beruflich selbstständig zu machen.

Die Staatsausgaben sind nur eins von vielen Problemen, die wir aus der Vergangenheit geerbt haben und die wir heute angehen müssen, um morgen nicht von

ihnen erdrückt zu werden. Ein anderes, nicht minder dringliches ist die Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme. Die soziale Marktwirtschaft und der deutsche Sozialstaat sind ein Modell, um das wir weltweit beneidet werden. Jeder Mensch in Deutschland soll in Würde leben können, auch wenn er aufgrund von Alter, Krankheit oder Arbeitslosigkeit nicht in der Lage ist, seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Dazu gehören auch eine gute gesundheitliche Vorsorge sowie eine optimale Betreuung im Krankheitsfall. Nur im Rahmen eines solchen Solidarsystems kann sich eine menschliche Gesellschaft entwickeln. Deswegen ist der Erhalt des Sozialstaates eine der wichtigsten Aufgaben der Politik. Als Erbin Ludwig Erhards fühlt sich die Union dieser Aufgabe in besonderem Maße verpflichtet. Richtig ist aber auch: Seit den Siebzigerjahren wurden dem Sozialsystem immer größere Lasten aufgebürdet. Die daraus resultierende Überforderung des Sozialstaates erkennt der Bürger bei einem kurzen Blick auf seinen Lohnzettel: Über zwanzig Prozent des Bruttoeinkommens zahlt jeder Angestellte zusätzlich zur Steuer in die sozialen Sicherungssysteme ein. Für den Arbeitgeber bedeutet das: Er muss über vierzig Prozent an Lohnzusatzkosten zahlen. Das ist viel Geld, reicht aber dennoch nicht aus, um die Sozialkassen zu finanzieren. Die Krankenkassen sind hoch verschuldet, die Rentenkassen benötigen Jahr für Jahr milliardenschwere Steuerzuschüsse. Angesichts der demografischen Entwicklung werden die Belastungen in den kommenden Jahren weiter steigen, wenn die Bundesregierung nicht handelt.

Eigeninitiative als Maßstab

Neben der finanziellen Überforderung ist ein weiteres Problem unseres Sozialsystems offenkundig geworden. Mit der Ausweitung der Leistungen, mit der Transformation des Sozialstaates in einen

sozialpolitisch nachsorgenden Umverteilungsstaat, ging es immer weniger um die notwendige Absicherung existenzieller Lebensrisiken und immer mehr vor allem um die Sicherung des sozialen Status. Wo aber der Staat den sozialen Status des Einzelnen garantiert, erlahmen Eigeninitiative und Aufstiegswillen. Statt Chancengleichheit hat der umverteilende Sozialstaat für die Verfestigung der sozialen Unterschiede gesorgt. Auch deswegen ist die Politik aufgerufen, das Sozialsystem zu reformieren. Ziel muss ein finanzierbarer Sozialstaat sein, der niemanden aufgibt. Das heißt aber auch: Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, damit so wenige Menschen wie möglich von staatlichen Transferzahlungen abhängig sind. Nur wer auf eigenen Füßen steht, kann wirklich selbstbestimmt leben. Auch daran muss sich unser Sozialsystem messen lassen.

Die Bundesregierung hat mit Beginn unserer Regierung zahlreiche Reformen in Angriff genommen, die diesem Ziel dienen. Mit der schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters auf siebenundsechzig sorgt die Große Koalition dafür, dass auch die heute arbeitende Bevölkerung eine sichere Rente haben wird. Der Wirtschaftswissenschaftler Bernd Raffelhüschen, der sich seit Langem mit der Nachhaltigkeit der sozialen Sicherungssysteme beschäftigt, bescheinigt der unionsgeführten Bundesregierung, dass sie unsere Sache gut gemacht hat: „Im Gegensatz zu dem, was die Bevölkerung glaubt, sind die langfristigen Probleme der Rentenversicherung erledigt“, erklärte er in einem Interview mit dem Südwestfunk.

Die akuten Finanzierungsprobleme der Krankenkassen hat die Große Koalition durch die Gesundheitsreform gelöst. Dabei ist es gelungen, den auch im internationalen Vergleich sehr hohen Standard unserer Gesundheitsversorgung zu halten. Gegen den Widerstand der SPD konnten CDU / CSU nicht nur das Existenzrecht

der privaten Krankenkassen verteidigen. Es ist uns auch gelungen, die gesetzlichen Versicherungen für den Wettbewerb zu öffnen. Mittelfristig wird das zu besserem Service und sinkenden Beiträgen führen. Weiter gehenden Reformen, die notwendig gewesen wären, um die Krankenversicherung nachhaltig zukunftsfähig zu machen, hat sich unser Koalitionspartner leider verweigert. Unter der gegebenen politischen Konstellation ist die Gesundheitsreform jedoch ein weitreichender und tragfähiger Kompromiss. Das Gleiche gilt auch für die Reform der Pflegeversicherung. Unser Ziel war die Einführung einer kapitalgedeckten Säule, um künftige Generationen zu entlasten und die Pflegeversicherung demografiefest zu machen. Leider war auch das mit der SPD nicht möglich. Dennoch können wir stolz auf den erreichten Kompromiss sein: Erstmals seit Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995 werden die Leistungen erhöht. Insbesondere altersverwirrte Menschen profitieren davon. Durch die Stärkung der ambulanten Pflege stellt die Bundesregierung zudem sicher, dass pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung und im Kreis ihrer Freunde und Verwandten wohnen bleiben können.

Darüber hinaus hat die Große Koalition die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,2 Prozent gesenkt. Noch nie zuvor hat eine Bundesregierung die Lohnnebenkosten so stark reduziert. Weitere Senkungen sind möglich und notwendig. Dies verbessert die Einnahmesituation der Arbeitnehmer und senkt gleichzeitig die Kosten für Unternehmer. Dem gleichen Zweck diente die Reform der Unternehmenssteuer. Dank der unionsgeführten Bundesregierung hat Deutschland jetzt ein international wettbewerbsfähiges System der Unternehmensbesteuerung. Während wir vor der Reform die höchsten Unternehmenssteuern in ganz Europa hatten, liegen wir

nun wieder im Mittelfeld. Das schafft Vertrauen und stärkt den Standort Deutschland. Einen weiteren Schritt in diese Richtung wird die Bundesregierung im Herbst mit der Reform der Erbschaftssteuer gehen.

Ein Problem, das nicht mit den sozialen Sicherungssystemen verbunden war, dennoch die Effizienz unseres Staates in den letzten Jahrzehnten immer stärker gelähmt hat, hat die Große Koalition mit der Föderalismusreform gelöst. Unklare Zuständigkeiten und Kompetenzwirrwarr zwischen Bund und Ländern hatten politische Entscheidungsprozesse erschwert und die Durchsetzung getroffener Entscheidungen verlangsamt. Die klare Trennung der Kompetenzen durch die Föderalismusreform verbessert nicht nur die Regierbarkeit unseres Landes, sondern sorgt auch für größere Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger. Insgesamt haben diese Reformen den Staat effizienter und verlässlicher gemacht und sichergestellt, dass unsere Sozialsysteme auch in Zukunft angesichts der veränderten Herausforderungen noch leistungsfähig sind.

Familien fördern

Der Zukunftsfähigkeit des Staates dient auch die dritte Säule der Politik der Bundesregierung, die Investitionen. Zukunft – das heißt für uns Christdemokraten in erster Linie Familie. In diesem Punkt weiß sich die Große Koalition mit der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung einig. Auch die meisten jungen Menschen geben an, gerne eine Familie haben zu wollen. Bei vielen scheitert die Realisierung dieses Wunsches an einem Mangel an Zeit oder Geld. Dagegen hat die Bundesregierung entschiedene Maßnahmen ergriffen. Berufstätige Eltern erhalten mit dem Elterngeld die Möglichkeit, vierzehn Monate nach der Geburt ihres Kindes zu Hause zu bleiben, während der Staat ihnen einen großen Teil ih-

res Gehaltes weiterzahlt. Außerdem wurde beschlossen, Kinderbetreuungseinrichtungen so auszubauen, dass fünfunddreißig Prozent aller Kinder im Alter von ein bis drei Jahren einen Betreuungsplatz erhalten können. Dabei ist uns wichtig, keinen Lebensentwurf vorzugeben. Die Kindererziehung ist und bleibt eine Sache der Familien. Die Bundesregierung will ihnen dafür aber den Rücken stärken. Die Eltern, die ihre Kinder lieber zu Hause betreuen möchten und deswegen auf ein zweites Einkommen verzichten, erhalten ab 2013 das Erziehungsgeld als zusätzliche Familienleistung.

So wie Familienpolitik Politik für die ganze Gesellschaft ist, so trifft dies auch auf die Umweltpolitik zu. Um den drohenden Klimawandel zu bekämpfen, hat sich die Bundesregierung nicht nur zusammen mit den europäischen und internationalen Partnern große Ziele gesteckt, sondern mit ihrem Investitionsprogramm auch wichtige Anreize für die Bürgerinnen und Bürger zum klimafreundlichen Verhalten gesetzt.

Das dritte große Zukunftsthema ist die Bildung. Als rohstoffarmes Land sind gut ausgebildete Menschen besonders wichtig für uns. Bildung ist aber auch der Schlüssel für den Erfolg jedes Einzelnen. Bildung entscheidet über die Chancen des gesellschaftlichen Aufstiegs und über den wirtschaftlichen Fortschritt. Dass Bildung und Chancen eines Menschen in Deutschland so stark wie in keinem anderen europäischen Land von seinem Elternhaus abhängen, ist beschämend. Wir dürfen es deshalb nicht zulassen, dass weiterhin viele junge Leute ohne Schulabschluss und ohne Berufsausbildung bleiben. Das betrifft besonders die bei uns lebenden Menschen mit Migrationshintergrund. 9,8 Prozent der männlichen und 15,2 Prozent der weiblichen Migranten haben nicht einmal einen Hauptschulabschluss. Das können wir nicht nur den Betroffenen gegenüber nicht verantworten, wir selbst kön-

nen auch auf die Talente dieser Menschen nicht verzichten. Es war deswegen ein besonderes Anliegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Bedingungen für Integration in unserem Land zu verbessern. Aus diesem Grund hat die Fraktion den Integrationsgipfel angeregt. Dort hat die Bundesregierung mit zahlreichen Vertretern von Migranten darüber gesprochen, wie die Situation der nach Deutschland Zugewanderten verbessert werden kann. Die Bundesregierung hat aber auch klargemacht, was sie von ihnen erwartet. Denn Integration ist ein beidseitiger Prozess. Genau das haben rot-grüne Multi-Kulti-Schwärmer jahrzehntelang gelehrt und so die heutigen Probleme mit verursacht. Die unionsgeführte Bundesregierung hat nun gegen manchen Widerstand die Weichen umgestellt, damit Integration gelingt, zum Nutzen der Menschen in Deutschland mit und ohne Migrationshintergrund.

Jahrzehntelange Fehlentwicklungen können nicht innerhalb von zwei Jahren korrigiert werden. Die Große Koalition hat aber erfolgreich umgesteuert und kann schon heute auf beachtliche Erfolge verweisen: Seitdem CDU/CSU wieder Regierungsverantwortung tragen, ist die Arbeitslosigkeit auf einen der niedrigsten Werte der vergangenen zehn Jahre gesunken. 700 000 neue Jobs sind entstanden, 700 000 Menschen haben wieder Arbeit, 700 000 Menschen haben wieder Hoffnung und die Chance, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Die Wirtschaft in Deutschland wächst so stark wie in keinem anderen Land der Europäischen Union, auch die Amerikaner schauen neidisch auf unsere Konjunkturentwicklung. Das Wichtigste aber ist: Die Menschen in unserem Land haben wieder Vertrauen in die Politik. Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel wird von fünfundsiebzig Prozent aller Deutschen geschätzt. Keiner ihrer Vorgänger hat jemals einen vergleichbaren Wert erreicht. Die Bevölkerung

spürt, dass die Bundeskanzlerin aus tiefer patriotischer Gesinnung sprach, als sie sagte, sie wolle Deutschland dienen. Ein deutlicherer Kontrast zu ihrem Vorgänger, der immer zuerst sich selbst diente, ist schwer vorstellbar.

Auch international genießt Angela Merkel großes Vertrauen. Damit ist Deutschland nach der siebenjährigen außenpolitischen Irrfahrt wieder ein verlässlicher und angesehener Partner in der Welt. Deshalb ist es Angela Merkel gelungen, in Heiligendamm die größten Industriestaaten auf gemeinsame Anstrengungen gegen den Klimawandel und für

die Ärmsten der Armen zu verpflichten. Während der EU-Ratspräsidentschaft hat sie es dank einer diplomatischen Meisterleistung geschafft, den Verfassungsprozess neu zu beleben und die EU wieder handlungsfähig zu machen.

All diese Erfolge, die der Großen Koalition zu Beginn niemand zugetraut hat, machen Mut. Sie sollten jedoch auch Mahnung sein, in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode nicht nachzulassen. Nur durch kontinuierlich gute Arbeit kann die Union das Vertrauen in ihre Politik weiter stärken, damit sie 2009 erneut mit dem Regierungsauftrag betraut wird.

Zum Jahr der Geisteswissenschaften

„Sind die Geisteswissenschaften etwa nicht eventfähig? Passen sie noch In unsere Zeit? Und wozu braucht man überhaupt Erkenntnisse, die keinen Profit bringen? Diese Fragen werden immer öfter gestellt, wenn es gilt, Einsparpotenziale ausfindig zu machen. Dabei tun sie der besonderen Rolle der Geisteswissenschaften und dem kulturellen Erbe Deutschlands Unrecht. Im Mittelalter war es die Kirche, die gesellschaftlich zentrale Fragen stellte und gleichzeitig beantwortete. Reformation und Renaissance läuteten die Neuzeit ein, die der Wissenschaft 500 Jahre Meinungs- und Deutungshoheit brachten. Nun ist die Neuzeit vorbei. Ganz gleich, ob wir die Zukunft Medien-, Informations- oder Digitalzeitalter nennen – das Gleichgewicht ist erschüttert. Auf Ihrem Weg zur Neuorientierung haben die Geisteswissenschaften schon ein großes Stück zurückgelegt. Nun sind Medien und vor allem die Politik am Zuge, denn wir brauchen kein Jahr sondern eine Zukunft der Geisteswissenschaften. Die haben schließlich beträchtlichen Anteil an Europas Einzigartigkeit. Goethe, Weihnachten, Tischkultur oder Kölner Dom sind keine isolierten Phänomene, sondern Bestandteile eines kulturellen Geflechts, das es zu wahren und zu leben gilt. Dazu muss man diese Dinge jedoch entschlüsseln und verstehen können. Weil das manchmal schwierig ist, können die Geisteswissenschaften nicht immer eventfähig sein und nicht alle Erkenntnisse als Kurzmeldung präsentieren. Der europäische Umgang mit Wissen und (Geistes-)Wissenschaft ist weder dumpfe Faktenhuberei noch aparte Fingerübung, sondern ein Lebensstil, aus dem dieser Erdteil eine gute Portion seiner einzigartigen Produktivität schöpft. Und auch jene, die nur auf den Profit schielen, können beruht sein: Dort, wo die Geisteswissenschaften stark sind, leben Menschen, die innovativer, und motivierter und damit auch kaufkräftiger sind. Außerdem sind Medien, die Inhalte vermitteln, langfristig erfolgreicher als jene, die nur Sprechblasen produzieren. Das klassische Modell der Geisteswissenschaften steckt in einem schmerzhaften Transformationsprozess. Aber nur, wenn die großen alten Disziplinen ebenso wie die Orchideenfächer am Gemeinwesen mitwirken, bleibt es erfolgreich. Studienanfänger wissen das längst: Sie strömen in Scharen zur Quelle der Erkenntnis.“

Gunther Hirschfelder am 8. August 2007 in *Die Welt*